



Bild: Tom Bayer, Fotolia

Q

Quelle ENERGIE & MANAGEMENT 27.08.2019

STROMNETZ:

Schutz kritischer Infrastrukturen lässt zu wünschen übrig **Der Bundesverband für den Schutz Kritischer Infrastrukturen (BSKI) warnt vor der Gefahr eines Blackouts in Deutschland und fordert regulatorische Anreize für innovative Lösungen.**

„Wir können deutlich feststellen, dass in den letzten 15 Monaten die Stromnetze instabiler geworden sind“, sagte der stellvertretende Verbandsvorsitzende Hans-Walter Borries bei der Jahrespressekonferenz des BSKI in Berlin. Allein seit Mitte Dezember 2018 habe es sieben schwere Vorfälle gegeben, die Deutschland und Europa an den Rand des Blackouts gebracht hätten. „Der Ausfall der Stromversorgung ist kein Cassandra-Rufen mehr“, betont Borries.

Er verweist unter anderem darauf, dass am 10. Januar 2019 gegen 21 Uhr innerhalb von nur zwei Minuten die Netzfrequenz auf den kritischen Wert von bis zu 49,8 Hertz abfiel und nur durch die schnelle Aktivierung von 1 500 MW in Frankreich und weiteren 153 MW Pumpspeicherkapazität in Herdecke (Westfalen) einen europaweiten Blackout verhindert hätten. Allein im Juni dieses Jahres habe es zudem durch Unterdeckung drei Situationen gegeben, in denen die Stromnetze kurz vor dem Kollaps gestanden hätten.

Den Weg frei machen für die Implementierung von Sektorkopplung und Speichern

Diesen Entwicklungen liege die massive Veränderung der Versorgungslandschaft zugrunde, so Borries, die zunehmend von fluktuierender erneuerbarer Energie geprägt werde. „Wir haben theoretisch eine wunderbare Auslastung durch Photovoltaik und tolle Spitzenlasten, aber eben auch Nacht- und Dunkelflauten.“ Daher würden derzeit noch konventionelle Kraftwerke benötigt. Keineswegs will aber der Verband damit gegen die Energiewende agieren. „Wenn es nach mir ginge, würde ich sofort alle AKW vom Netz nehmen und auch die schmutzigsten Kohlekraftwerke“, sagt Borries. Es müsse aber für weitere Schließungen genügend gesicherte Leistung zur Verfügung stehen. Stromimporte größeren Umfangs sieht er kritisch.

Der BSKI fordert, dass die Politik die regulatorischen Voraussetzungen schafft, damit innovative Lösungen sich rechnen. „Wir müssen darauf drängen, dass Speicherung und Sektorkopplung wirtschaftlich werden“, verdeutlicht Borries.

Nicht nur die Kosten von Stromausfällen, die sich für Unternehmen zwischen 50 000 und 500 000 Euro/Tag bewegen können, wie auch die Kosten für Sicherheitsmaßnahmen wie den Redispatch seien problematisch, so die BSKI-Vertreter.

Sämtliche Infrastrukturen und Lebensbereiche wären von einem Blackout betroffen, ob Bahnen, Krankenhäuser oder Privathaushalte. „Auch Hilfsorganisationen werden zu Kritischen Infrastrukturen, betont der BSKI-Vorsitzende Holger Berens. Seine Schlussfolgerung: „Wir brauchen den Schutz sämtlicher Versorgung vor Ort.“ Dass es damit hapert, habe sich auch zuletzt in diesem Sommer bei dem 31stündigen Stromausfall in Berlin-Köpenick gezeigt, wo etwa Notstromaggregate zunächst nicht funktioniert hätten, berichtet Borries.

Politik nimmt Bedrohung zu wenig wahr

Für den Schutz Kritischer Infrastrukturen spielt heute und in der Zukunft insbesondere auch die Cybersicherheit eine wichtige Rolle. Hier bereiten dem vor einem Jahr gegründeten Verband, der sich als Wissens- und Aktionsplattform von Spezialisten versteht, vor allem zwei Punkte Sorge: Erstens: Während große Unternehmen, auch große EVU unter gesetzliche Schutzverpflichtungen des IT-Sicherheitsgesetzes fallen und entsprechende Standards erfüllen müssen, gebe es diese bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) nicht, so Berens.

Neben Geld fehle es vor allem auch an Know-How. Der BSKI will hier Hilfestellung leisten: Er entwickelt Konzepte, sorgt unter anderem mit Veranstaltungen für Networking und will Führungskräfte schulen sowie Studien- und Ausbildungsgänge für die Qualifizierung von Sicherheitspersonal entwickeln.

Zweites Sorgenkind ist die Politik. Diese hat die Gefahrenlage, ob Cyber-Angriffe, Industriespionage oder Blackout nicht wirklich realisiert, kritisiert der Verbandsvorsitzende Berens. „Die Politik denkt nicht langfristig, sondern in Legislaturperioden. Es sind Sonntagsreden“, konstatiert er. Daher suche der BSKI das Gespräch mit den politischen Entscheidungsträgern auf Bundes- wie auch auf Landes- und lokaler Ebene. So habe man demnächst einen Termin beim NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU), so Berens.

Industrieallianz will regionale Energiesicherheit vorantreiben

Auf regionaler Ebene hat der Verband eine „Industrieallianz für Regionale Energiesicherheit“ (IARES) gegründet, da NRW besonders betroffen sei, berichtet Finanzvorstand Stefan Röder. An der Auftaktveranstaltung am 1. Juli hätten über 100 Unternehmen, auch aus Bayern und Baden-Württemberg teilgenommen, was zeige, wie sehr sie das Thema umtreibe. „Wir brauchen nicht noch eine Studie oder Simulation, wir wollen ein nationales technisches Sicherheitsmonitoring aufbauen“, betont er.

In der „Heppendorfer Erklärung“ hat die Industrieallianz unter anderem diese Forderung formuliert. Weitere Forderungen sind „effektive regulatorische Rahmenbedingungen und Marktanreize für Investitionen in innovative Energiesicherheitslösungen“. Dabei solle NRW zum „Taktgeber, Reallabor, Erfolgsmodell und überregionaler Leuchtturm“ werden. Zudem plädiert die IARES für regionale Leistungsmärkte, Anbieter sollten Anreize erhalten, um Flexibilitätspotenziale auf Verbrauchs- und Erzeugungsseite auszuschöpfen.